

Wien, am Donnerstag, den 3. Juli 1930

Trostlose Lage der Provinztheater.Der Bundeskanzler für eine Staatshilfe.

Einem dringenden Wunsche der österreichischen Städte, die eigene Theater besitzen, entsprechend, hat der Städtebund heute unter dem Vorsitze seines geschäftsführenden Obmannes, Vizebürgermeister Emmerling, in Wien eine Beratung der Theaterreferenten abgehalten. Es waren die Städte Graz, Linz, Salzburg, Innsbruck, Klagenfurt, St. Pölten, Korneuburg und Baden vertreten. Die Berichte über die Gebarung dieser Bühnen lauteten geradezu trostlos. Insbesondere die Ausführungen des Bürgermeisters Muchitsch über die Lage der Grazer Bühnen lassen das Aergste befürchten. Bürgermeister Muchitsch erklärte, dass, wenn nicht bald die so dringend verlangte Bundeshilfe einsetze, auch die zweite Grazer Bühne geschlossen werden müsste. Nicht viel günstiger ist die Situation in den meisten anderen Städten, die Bühnen besitzen. Auf Antrag des Vizebürgermeisters Dr. Pembaur (Innsbruck), wurde einhellig beschlossen, im September in Wien einen grossen Theatertag anzuhalten, zu dem alle Interessenten, vor allem die Organisationen des darstellenden Personals, der Musiker und Direktoren, eingeladen werden sollen. Ueber die Gründung des Ländertheaters erstattete Ministerialrat Dr. Gurtner einen ausführlichen Bericht. Die Tagung kam nach einer sehr eingehenden Aussprache zu einem ablehnenden Standpunkt, da diese Gründung den Städten keine Entlastung, sondern weit eher eine finanzielle Belastung bringen würde. Es wurde einstimmig beschlossen, die Forderung nach einer grösseren Bundessubvention aufrechtzuerhalten und von der Regierung die Einstellung dieser Staatshilfe in den Voranschlag für das Jahr 1931 zu verlangen.

Vorsprache beim Bundeskanzler.

Nach der Tagung begab sich eine Abordnung unter Führung des Sekretärs Honay zum Bundeskanzler Dr. Schober. Vizebürgermeister Dr. Pembaur und Bürgermeister Muchitsch schilderten dem Bundeskanzler die schwierige Lage der österreichischen Provinztheater. Sie ersuchten um baldige Staatshilfe, da sonst die Schliessung dieser einzigen Kunststätten der Provinz unvermeidlich sei. Der Bundeskanzler zeigte für die Einzelheiten des Theaterproblems in der Provinz reges Interesse und sagte die weitgehendste Förderung der Wünsche der Abordnung zu. Er werde sich bei dem Ende Juli beginnenden Arbeiten für die Aufstellung des Bundesvoranschlages für eine Staatshilfe an die notleidenden Provinzbühnen einsetzen. Die Mitglieder der Abordnung dankten dem Bundeskanzler für seine Zusage und betonten nochmals mit allem Nachdruck, dass nur eine entsprechende Bundessubvention die trostlose Lage der Provinzbühnen bessern könne.